

Aktuelle Debatte:

Ein neues Regierungsprogramm in Österreich

Kampf um ein sozialeres Österreich – abgeblasen!

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
(BEIGEWUM)

Österreich hat eine neue Regierung unter Führung der Sozialdemokratie. Die öffentliche Diskussion über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP waren von Enttäuschung über das Ausbleiben der erhofften »sozialen Wende« geprägt. Selbst die nüchterne Hoffnung, die sich an eine große Koalition aus emanzipatorischer Sicht knüpfen ließ, nämlich dass SP und VP sich gegenseitig blockieren und damit eine Fortsetzung der neoliberal-konservativen Wendepolitik vorerst aufgehalten wird, scheint sich nicht zu erfüllen. Es zeichnet sich vielmehr eine nur leicht gebremste Fortsetzung des bisherigen Kurses ab. Eines Kurses, der in der Sozialdemokratie zwar schon seit den 80er Jahren dominiert, der aber wegen verschobener gesellschaftlicher Machtverhältnisse (v. a. der Schwächung der Gewerkschaften) in Zukunft noch ungebremster als früher zum Tragen kommt.

Von Inhalten abgesehen wurde bei den Regierungsverhandlungen von der SPÖ anscheinend die Symbolik der Ministerienaufteilung unterschätzt. Das ist eine Besonderheit der SPÖ-Regierungsbeteiligung 2007 und es ist auch ein klarer Hinweis auf den Machtverlust der österreichischen Sozialdemokratie gegenüber dem Jahr 2000. Die SPÖ konzentriert sich offenbar auf Rückgewinnung der Verankerung im Staatsapparat (unterhalb der Ministerebene), wo sie unter Schwarz-Blau/Orange systematisch verdrängt wurde.

Viele inhaltliche Weichenstellungen der schwarz-blau/orangen »Wenderegierung« bleiben somit bestehen. Trotz Ausscheidens der rechtsextremen Fraktion aus der Regierung hat sich die politische Normalität in Österreich nachhaltig nach rechts verschoben. Welche Veränderungen stellt das Regierungsprogramm für die künftige Regulierungsweise der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Österreich in Aussicht?

Mythos Nulldefizit in Stein gemeißelt

Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist das auffälligste Ergebnis der österreichischen Regierungsverhandlungen die Aufgabe des Feldes der Budgetpolitik seitens der Sozialdemokratischen Partei. Finanzpolitik wird in der Sozialdemokratie inzwischen vorwiegend als bloße Anpassung an EU-Parameter (Stabilitätspakt, Lissabon-Ziele) verstanden. Mit der Übernahme der Infrastrukturagenda erhofft sich die Sozialdemokratie, ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen auf nationaler Ebene umsetzen zu können. Dieses Vorhaben ist jedoch aufgrund der in den letzten Jahren erfolgten Umstrukturierungen und finanziellen Unterausstattung bei Bahn und ASFINAG mit großen Problemen verbunden.

Die Zustimmung zur Nulldefizit-Orientierung als Leitmaxime und die Ablehnung einer Reform der Vermögenssteuern erlaubt kaum neue Ausgaben. Der Budgetpfad erscheint erneut mehr dem Wahl- als dem Konjunkturzyklus zu folgen, obwohl noch Hoffnung besteht, dass diese beiden Zyklen zufällig synchron verlaufen werden. So gesehen sind Ansätze einer antizyklischen Budgetpolitik nicht Folge einer etwaigen

fiskalpolitischen Neuorientierung, sondern im günstigsten Falle Ergebnis einer Zufallskonstellation.

Bis 2010 übersteigen die geplanten Einsparungen (inkl. Mehreinnahmen) die Mehrausgaben. Während im heurigen Jahr 270 Mio. Euro (50 Mio. für Wachstum und Beschäftigung, 35 für Bildung und 185 Mio. für Soziale Absicherung) zusätzlich ausgegeben werden sollen, werden gleichzeitig 820 Mio. eingespart. Dies bedeutet per Saldo Einsparungen von 550 Mio. Euro. Bis 2010 werden per Saldo über 1,5 Mrd. Euro eingespart. Diesen Einsparungen soll am Ende der Legislaturperiode eine Steuerreform folgen.

Die SPÖ bekennt sich zu einer künftigen Steuer(senkungs)reform, fraglich bleibt daher, wie bestimmte Ausgabenschwerpunkte finanziert werden sollen. Eine Diskussion bezüglich Steuerstrukturreform fehlt. Im Mittelpunkt steht das Versprechen, die Steuern um 3 Mrd. zu senken, und nicht die Verteilungsfrage. Zumindest wurden neue Ideen der ÖVP in der Budgetpolitik nicht dezidiert ins Regierungsprogramm aufgenommen (z. B. Abschaffung der Erbschaftssteuer, Senkung der Abgabenquote).

Umweltpolitik schwächelt

Unter Umweltgesichtspunkten bleibt das Regierungsprogramm weit hinter den Notwendigkeiten zurück. Die Ziele zur Förderung erneuerbarer Energie sind zumindest noch ambitioniert. Prinzipiell fehlen allerdings in wesentlichen Bereichen der Umweltpolitik (z. B. Energie, Klimaschutz) entsprechende Maßnahmenbündel zur Erreichung der Ziele bzw. bleibt die Finanzierung allfälliger Maßnahmen unklar. Dies gilt allerdings nicht nur für den Umweltsektor, sondern zieht sich durch das gesamte Regierungsprogramm. Das Wort Ökostrom kommt jedenfalls überhaupt nicht vor, an eine Reform der von Sozialpartnern, SPÖ und ÖVP getragenen Novellierung des Ökostromgesetzes, die den weiteren Ausbau des Ökostroms drastisch beschneidet, ist nicht gedacht. Die Verkehrspolitik bleibt auf den Individual- und Straßenverkehr ausgerichtet. Die Absicherung des öffentlichen Verkehrs, speziell in finanzieller Hinsicht, ist völlig unzureichend. Ökologische und soziale Aspekte sind nicht als Einheit gedacht.

Frauenpolitik = Familienpolitik?

Die Umdefinition von Geschlechter- in Familienpolitik durch Schwarz-Blau/ Orange zeigt auch im neuen Programm Spuren. Frauenpolitik findet sich in der neuen Regierung vor allem als symbolische Politik und als Mütterpolitik: Die Besetzung von Ministerposten mit Frauen, ein »Bundesministerium ohne Portefeuille« für Frauenfragen wie immer ohne Geld, und als substanzielle Top-Maßnahme gilt die Erhöhung des Kinderbetreuungsgeldes für kurze Karenzzeiten.

Symbolische Wendungen im Sozialdiskurs

Eine der bemerkenswertesten Entwicklungen nach der jüngsten Wahl war die erfolgreiche Etablierung des Sozialthemas in der öffentlichen Diskussion im Herbst 2006. Für kurze Zeit war die SPÖ in der Offensive. Auch die deutliche Veränderung der Inhalte der Berichterstattung in den Fernsehnachrichten des öffentlichen Rundfunks riefen bei vielen erst wieder in Erinnerung, was in den Jahren zuvor alles schleichend normal geworden war.

Gelernt daraus hat aber vor allem die ÖVP. Sie hat aus Wahlniederlage und Sozialdiskussion im Herbst gelernt, nun auch verstärkt Sozialthemen zu besetzen. Das zeigt

sich in der VP-Besetzung von Ministerien aus dem Sozialbereich, und der hohen Präsenz von Vertretern des Arbeitnehmerflügels in der Regierung auf VP-Seite, während Personen mit neoliberaler Punzierung wie Karl-Heinz Grasser verabschiedet wurden. Damit soll dem Vorwurf der Abgehobenheit begegnet und Verwurzelung im Volk und seinen Interessen signalisiert werden. Somit haben sich die Rollen beinahe umgedreht: Früher war die »sozialpolitische Kompetenz« Domäne der Sozialdemokratie. Nunmehr stellen die Gewerkschaften auf SP-Seite im Gegensatz zu den letzten Regierungsbeteiligungen kein wichtiges Regierungsmitglied mehr, und von den sozialen Forderungen des Wahlprogramms der SP steht kaum etwas im Regierungsprogramm (und wenn, dann oft ohne finanzielle Bedeckung, wie es bei der ausgebauten Sozialhilfe vulgo Mindestsicherung der Fall ist).

Ein Anspruch auf emanzipatorisch-gestaltende Sozialpolitik ist nicht mehr zu erkennen. Zwecks Wiedererkennungseffekt der »Marke Sozialdemokratie« wurde zwar versucht, vor allem in den Bereichen Frauenpolitik (Wiedereinführung eines eigenen Ministeriums) und Sozialpolitik (Mindestsicherung) Akzente zu setzen, doch fehlt es ihnen an materieller Fundierung und inhaltlicher Zuspitzung. Zudem bleibt selbst die symbolische Politik sehr dürftig, weil die SPÖ abgesehen vom Konzept der Grundsicherung keine neuen Konzepte in den Bereichen Bildung, Frauen- und Arbeitsmarktpolitik übernimmt oder einbringt.

Ausbau des Kontroll- und Disziplinarstaats

Die grundsätzliche Einigkeit der derzeitigen Regierungspartner in der Migrationspolitik wurde noch während der letzten Regierung durch den SP-Mitbeschluss des Fremdenrechtspakets bekräftigt bzw. in Erinnerung gerufen. Logische Fortsetzung im Regierungsprogramm findet diese Haltung im Ausbau des dem alten »Gastarbeiter«-Modell folgenden Konzepts, das auf kurzfristigen Aufenthalt von Arbeitskräften ohne Rechte und Integrationschance setzt, je nach Bedarf inländischer Unternehmen (Ausbau des Saisoniermodells, selektive Immigration von Schlüsselkräften). Die Ansiedelung von »Integration« als Unterkapitel des Abschnitts »Innere Sicherheit« im Regierungsprogramm zeichnet das Migrationsthema auch für die Zukunft wieder als bevorzugtes Feld für symbolische Politik aus, mit der fortgesetzten Signalisierung von Anpassungsdruck an anwesende MigrantInnen und der Demonstration von Abschotung und Stärke gegenüber einer als Bedrohung dargestellten Neuzuwanderung.

Mit Effizienzsteigerungen in der Verwaltung wird der Kontrollstaat ausgebaut: Mehr Datenaustausch zwischen Bund und Ländern im Sozialbereich und der Ausbau des AMS zum »One Stop Shop« im Sozialwesen verbessern die Möglichkeiten zum Datenabgleich und erweitern die Möglichkeiten zur Vorenthaltung von staatlichen Transfers (die angesteuert wird, um die Kosten der »Mindestsicherung« gering zu halten). Über die Ermächtigung zur direkten Ausweisungsverfügung durch die zweite Instanz des Asylgerichts wird eine Beschleunigung von Abschiebungen ins Auge gefasst. Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll weiter ausgebaut werden.

Die Verbetriebswirtschaftlichung des Bildungswesens wird intensiviert: Darunter fällt die Verankerung von »internationaler Wettbewerbsfähigkeit von Österreichs Universitäten« als primäres Ziel und ein Bekenntnis zum Ausbau des Bologna-Prozesses für die Hochschulen. Die Einrichtung eines mittleren Managements an Schulen soll wohl die Überprüfung von Schuleffizienz durch Kennzahlen-Auditing erleichtern und Einsparungspotenzial eruieren helfen.

Die Einrichtung von »Verhaltensvereinbarungen« in Schulen deutet auf die Ermöglichung von Sanktionen gegen Schüler-Aufgehören und stellt ein Zeichen der Re-Autoritarisierung im Schulwesen dar. Von der angekündigten »größten Bildungsoffensive der Zweiten Republik« ist im Regierungsprogramm kaum etwas übrig geblieben.

Workfare und staatliche Prekarisierung

Die sozialen Ansagen der neuen Regierung entpuppen sich summa summarum vorwiegend als Beitrag zur Prekarisierung von Arbeit (eine Ausnahme stellt die geplante erweiterte soziale Absicherung für freie DienstnehmerInnen dar, wobei diese auf sozialversicherungsrechtlichen Schutz beschränkt bleibt, während arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen – wie etwa das Arbeitszeitgesetz oder kollektivvertragliche Bestimmungen – nach wie vor vorenthalten bleiben). Der Druck zur Annahme beliebiger Arbeit (im Rahmen der gesetzlichen Schutzbestimmungen) für Arbeitslose wird ausgeweitet (bundesweite Vermittelbarkeit), und Langzeitarbeitslose sollen zur Lösung von Problemen sozialer Reproduktion aufgeboten werden, in dem die Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit postuliert wird. Maßnahmen also, die kaum mehr etwas mit aktiver Arbeitsmarktpolitik im eigentlichen Sinn zu tun haben, denn sie erhöhen eher die Schwierigkeiten der Betroffenen, Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erlangen. Hinzu kommen geplante schärfere Sanktionen für »pfuscende« Arbeitslose, NotstandshilfebezieherInnen und SozialhilfeempfängerInnen, denen Bezugssperren von 6 (erstes Mal) bis 12 Wochen (zweites Mal) drohen, wodurch die prekäre Lage noch verschärft wird und die durchaus kontraproduktiv wirken könnten, da erst Recht der Anreiz, weiterhin »Schwarzarbeit« nachzugehen, gegeben wird, da entsprechende existenzsichernde Arbeit im ersten Arbeitsmarkt schlichtweg nicht zur Verfügung steht.

Die angesteuerte »Selbständigkeit« bei Betreuungspersonal von Pflegebedürftigen in häuslicher Pflege bedeutet ebenfalls Prekarisierung, dient sie doch der Unterlaufung von Kollektivvertrag und Mindestlohn im Pflegebereich.

Das Angebot an Studierende, Billig-Arbeit im Sozialbereich statt Studiengebühren zu leisten, ist ein weiteres Element, dem Sozialsektor Arbeitskräfte durch entsprechende Anreizstrukturen für Menschen in Zwangslagen zuzuführen.

Die »Mindestsicherung« ist in Detailfragen unklar und offen in ihren wirtschaftlichen Nettoeffekten für die Betroffenen. Scharfe Bedarfskontrollen und das Gebot der Vermögensverwertung führen zu weiterer Prekarisierung. Die »Mindestsicherung« wäre lediglich eine harmonisierte Neuregelung der Sozialhilfe – diese wird seit mehr als 10 Jahren auf Länderebene diskutiert und verhindert – keinesfalls ein qualitatives, umfassendes Konzept der Existenzsicherung in allen Lebenslagen. Sie ist außerdem auf »Personen mit dauerndem Aufenthaltsrecht« beschränkt, verfehlt somit eine wesentliche Gruppe von Bedürftigen. AsylwerberInnen droht übrigens sogar eine Kürzung bestehender Leistungen – »angesichts der hohen Kosten« soll der Leistungsumfang der Grundversorgung (z. B. Taschengeld) »evaluiert« werden.

Der geplante Mindestlohn von weniger als 5 Euro netto liegt unter Mindestlöhnen in Ländern wie Frankreich und Großbritannien. Der Verweis auf die gewünschte Verankerung im Generalkollektivvertrag bedeutet, dass Bereiche und Arbeitsformen, in denen es keinen Kollektivvertrag gibt, nicht erfasst werden (das gilt für rund 5% der Lohnabhängigen in Österreich). Im Lehrlingswesen wird das »hire and fire«-Prinzip erleichtert (erleichterte Kündigung).

Alles in allem ein Bündel von Maßnahmen zur tendenziellen Verbilligung von Arbeit und zur Senkung der sozialen und Arbeitsplatz-Sicherheit – eben Prekarisierung. Die Parallelen zu Hartz IV (zumindest bislang noch auf einem materiell höheren Niveau) sind deutlich.

Die Arbeitsmarktpolitik bleibt institutionell wie inhaltlich dem Primat der »Wirtschaft« und der neomerkantilistisch ausgerichteten Wachstumsstrategie unterworfen. In diese Richtung deutet beispielsweise die Arbeitszeitflexibilisierung, welche die Anhebung der täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeiten durch Ausweitung der maximalen Möglichkeiten, Überstunden zu leisten, von 12 auf 24 Wochen jährlich, die kollektivvertragliche Einführung von 12-Stunden-Schichten und eine tarifvertragliche Ermächtigung zur Einführung einer täglichen Normalarbeitszeit von 10 Stunden beinhalten soll. Das ist das Gegenteil der in den 70er Jahren angestrebten Humanisierung der Arbeitswelt. Es bedeutet Mehrarbeit für die Kernbelegschaften, statt Anreize und Maßnahmen zur Umverteilung bezahlter Arbeit. Und das in einem Land, in denen die tatsächlich geleistete Arbeitszeit zu den höchsten in Europa zählt (Österreich, Vollzeitbeschäftigte: 44,1 Stunden wöchentlich, EU-Schnitt: 41,9 Stunden wöchentlich). Damit wird das von der Regierung postulierte Vollbeschäftigungsziel konterkariert. Besonders pikant ist dabei die Möglichkeit, die Ausdehnung der Maximalarbeitszeiten in Betrieben ohne Betriebsrat – und das betrifft eine Mehrzahl der Betriebe – in schriftlichen Einzelvereinbarungen bei »arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeit« zu verankern. Damit wird der Druck auf die Beschäftigten, Überstundenarbeit zu leisten, noch weiter erhöht, möglicherweise – sollte es tatsächlich zu einer kollektivvertraglichen Erhöhung der Normalarbeitszeit auf 10 Stunden kommen (inwieweit die Gewerkschaften noch in der Lage sind, diesen Begehlichkeiten wirkungsvoll entgegenzutreten zu können wird sich erst zeigen) – verbunden mit einem Einkommensverlust durch Wegfall der Überstundenzuschläge. Der ebenfalls im Regierungsprogramm verankerte Zuschlag für Teilzeitarbeitskräfte bei Mehrarbeit ist zwar begrüßenswert und könnte tatsächlich zu einer Eindämmung der Zerlegung von Vollzeitarbeitsplätzen in nicht ausreichend existenzsichernde Teilzeitplätze führen, doch bleibt die Höhe des Zuschlags für geleistete Mehrstunden offen. Prinzipiell bleibt weiters anzumerken, dass die geplanten »Maßnahmen gegen Verletzungen des Arbeitszeitrechts« angesichts der ausufernden, laufend unübersichtlicher werdenden Ausnahmebestimmungen und unterschiedlichster Arbeitszeitregulative immer schwieriger werden. In den Bereich der Arbeitszeitflexibilisierung fällt wohl auch die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten von 66 auf 72 Stunden/Woche (Öffnungszeiten wochentags künftig bis 21 Uhr, samstags bis 18 Uhr), wobei im Regierungsprogramm – geradezu zynischerweise – weder eine Problematisierung der Arbeitsbedingungen im Handel, geschweige denn entsprechende flankierende Maßnahmen zu finden sind, welche eine Verbesserung der besonders prekären Lage der überwiegend weiblichen Beschäftigten (hinsichtlich Bezahlung, Arbeitszeiten, Überstundenabgeltung, Kinderbetreuungsangebote, öffentliche Verkehrsanbindungen etc.) bedeuten würde.

Mit leichten Abmilderungen der Pensionsreformen der jüngeren Vergangenheit werden SP-Kernwählerschichten zumindest ein bisschen bedacht. Traditionell vom korporatistischen Konsens Ausgeschlossene wie MigrantInnen, aber zu einem Gutteil auch Junge (vgl. die Regelungen für Studierende, Lehrlinge) und Frauen, zählen

bei dem neuen Pakt wiederholt zu den VerliererInnen, ohne dass eine reformierte Sozialpolitik den wachsenden Prekarisierungslagen gegensteuern würde.

Europa- und Außenpolitik: Selektive Demokratie und Neomerkantilismus

In der Europa- und Außenpolitik hat sich die ÖVP ebenfalls vollständig durchgesetzt. Die SPÖ konnte ihren Plan, ein eigenes Europaministerium bzw. ein Staatssekretariat für Europafragen zu installieren, nicht verwirklichen. Über die üblichen Bekenntnisse zum Friedensprojekt Europa und der Ankündigung, Europa den BürgerInnen besser erklären zu wollen, gehen die diesbezüglichen Ansätze nicht hinaus. Der demokratiepolitische Widerspruch, dass ein möglicher EU-Beitritt der Türkei einer Volksabstimmung unterzogen werden soll, der europäische Verfassungsvertrag von den Parlamentsparteien aber ohne breite öffentliche Diskussion durchgewunken, geschweige denn einem Plebiszit unterzogen wurde, bleibt bestehen.

In der Frage der europäischen Wirtschaftspolitik wird die Lissabon Strategie mit ihrem Schwerpunkt auf einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit voll unterstützt. Hauptziel der Bundesregierung ist es dabei, »keinen ›Förder-Euro‹ in Brüssel liegen zu lassen«. In der Außenhandelspolitik wird die aggressive Marktöffnungsstrategie der EU-Kommission, genauso wie auch die bisherige Internationalisierungspolitik österreichischer Unternehmen vor allem in Mittel- und Osteuropa vorbehaltlos weiter mitgetragen. In der Entwicklungspolitik nennt die Regierung nur mehr das bescheidene Ziel, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) auf 0,51% des BIP bis 2010 zu erhöhen. Das bisherige Ziel einer Erhöhung auf 0,7% wird offenbar fallen gelassen. Zudem soll vor allem das Engagement österreichischer Unternehmen in den wirtschaftlich interessanten Entwicklungs- und Transformationsländern gefördert werden. Dazu ist die Einrichtung einer eigenen Entwicklungsbank unter Ägide des Finanzministeriums vorgesehen. Entwicklungspolitik fungiert damit zunehmend als mehr oder weniger verdeckte Förderung österreichischer Wirtschaftsinteressen, sowie der Abschottungspolitik: Im Kapitel »Integration« des Regierungsprogramms wird eine Verknüpfung von EZA mit Kooperationswilligkeit von Empfängerstaaten bei der Aufnahme abgeschobener Flüchtlinge erwähnt.

Abgesehen von der Ablehnung weiterer Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen durch Handelsverträge stützt die Außenhandels- und Entwicklungspolitik explizit einen neuen Merkantilismus, in dem permanente Exportsteigerungen und Unternehmensexpansionen das externe Gegenstück zu fiskalischer Konsolidierungspolitik, Lohnzurückhaltung und Sozialabbau im Inneren darstellen.

Die Expertiselandschaft verändert sich

Unter dem Gesichtspunkt der Analyse von Produktionsbedingungen wirtschaftlicher Beratung, mit der sich der BEIGEWUM in letzter Zeit verstärkt beschäftigt hat (vgl. Kurswechsel 4/2005), ist in den letzten Monaten eine interessante Entwicklung zu beobachten. Schwarz-Blau/Orange hatte die Quellen der wirtschaftspolitischen Expertise und expertokratischen Legitimation verändert. Die Sozialpartner, traditionelle Expertisegeber für Regierungen, wurden entmachtet, und das politisch als heterogen geltende Wifo-Personal wurde mit einer Evaluierung unter Druck gesetzt, während Wifo-Konkurrent IHS zum zentralen Think Tank und Legitimierer für die Wirtschaftspolitik aufstieg.

Nach den Wahlen im Herbst versuchte das Wifo sich zu repositionieren. Das Wifo präsentierte ein »Weissbuch«, das ihm kurzfristig zur zentralen Stellung im Feld der wirtschaftspolitischen Beratung verhalf. Das Wifo verschaffte – nicht zuletzt dank Gusenbauers öffentlicher Unterstützung – dem Weissbuch und damit der eigenen Institution ein Gewicht, das es zum zentralen Benchmark für Regierungsarbeit mutieren ließ. Das Weissbuch ist zwar ein Spiegel durchaus heterogener Positionen im Wifo selbst, aber seine symbolische Macht ist – vielleicht gerade durch die Möglichkeit, Referenzen für eine Vielzahl von wirtschaftspolitischen Positionen zu bieten – enorm, wie sich an der Vielzahl von öffentlichen Zitierungen seit seinem Erscheinen ablesen lässt. Das auf das Weissbuch aufsetzende Sozialpartnerpapier ist unter dem starken Eindruck des Erfolgs des Originals entstanden. Der durch die BAWAG-Spätfolgen geschwächte Flügel der Lohnabhängigen in der Sozialpartnerschaft mag sich von der Wifo-Studie zu wirtschaftspolitischen Reformherausforderungen erhofft haben, die sowohl in der Sozialpartnerschaft als auch gegenüber der Regierung verlorene Diskursmacht zumindest über einen als »neutraler Experte« auftretenden Akteur wiederzugewinnen. Dieser Akteur hat sich jedoch eine unerwartete Autonomie und Eigenständigkeit erspielt, die das institutionelle Gefüge der Politikberatung in Österreich verändern könnte.

Wenn sich das Wifo nachhaltig als Ersatz-Sachverständigenrat etablieren kann, das sozialpartnerschaftliche Expertisen ablöst, wäre das ein Schritt in Richtung weg von intransparenten korporatistischen Verhandlungsstrukturen mit klar identifizierbarer Interessenzusammensetzung hin zu intransparenten Expertenstrukturen mit informeller und unklarer Interessenzusammensetzung.

Dass korporatistische Institutionen gegenüber Experten-Think Tanks in der wirtschaftspolitischen Beratung an Bedeutung verlieren, liegt im internationalen Trend. Dass dieser Think Tank wie im österreichischen Fall ein Institut in Staatsnähe ohne einseitige politische Ausrichtung ist, stellt hingegen eine Abweichung in einem internationalen Umfeld dar, in dem Institute mit klarer ideologischer Ausrichtung sowie Fachleute und Interessenvertreter aus der Privatwirtschaft (vgl. Peter Hartz) in der Beratung auf dem Vormarsch sind.

Demokratie und Gegenrede

Wenn die Legislaturperiode in Hinkunft auf 5 Jahre ausgeweitet wird, erhöhen sich die Chancen, ungestraft gegen die Bevölkerung Politik zu machen und auf die Vergesslichkeit des Wahlvolks zu setzen. Die Ankündigungen von Volksabstimmungen im Regierungsprogramm (zur Türkei und zur Pflegefrage) lassen eine anhaltende populistische Vereinnahmung von Instrumenten direkter Demokratie durch die politische Elite zu Steuerungszwecken erwarten und entleeren somit weiter ein mögliches Instrument der demokratischen Gegenrede.

Vorsichtige Andeutungen für eine mögliche Rücknahme von Entdemokratisierungsschritten finden sich im Regierungsprogramm in den Erläuterungen über eine stärkere Einbindung der unabhängigen Finanzmarktaufsicht in die parlamentarische Kontrolle und einer Wieder-Anbindung an das Finanzministerium. Und die Mitbestimmung an der Universität sowie in Schulen ist als eines der Themen erwähnt, die einer Diskussion unterzogen werden sollen.

Welche Chancen auf Kritik und Gegenrede an der Regierungsarbeit bestehen in Zukunft außerhalb des Parlaments? Die Schwäche der Gewerkschaften hält an. Durch

die SP-Regierungsbeteiligung besteht immerhin die Hoffnung auf Zeitgewinn zur Erholung. Chancen auf wirtschaftspolitischen Einfluss hat der ÖGB in absehbarer Zeit aber keine. Die Gewerkschaften finden keinen Ausweg aus der innerorganisatorischen Lähmung und lassen keine Anzeichen für eine stärkere Konfliktorientierung erkennen. Sie orientieren stattdessen offenbar weiter auf eine subalterne Stellung in einer auf das wettbewerbskorporatistische Grundgerüst abgemagerten Sozialpartnerschaft, auf die die Regierung unangenehmere Probleme abschiebt.

Zivilgesellschaftliche Gruppen wie kritische NGOs und selbstorganisierte Zusammenhänge waren unter Schwarz-Blau vielfach von Subventionsentzug (bzw. dessen Androhung) betroffen und dadurch zum Teil zum Schweigen gebracht worden. Dass viele der betroffenen Gruppen sich jetzt wieder (ob berechtigt oder nicht) Chancen auf staatliche Unterstützung ausrechnen, könnte entweder zu einem Wiedererstarken außerparlamentarischer Diskussionskultur führen – oder den paradoxen Effekt haben, dass die Kritikfähigkeit gegenüber der Regierungspolitik mit steigender Abhängigkeit von Staatsfinanzierung wieder sinkt.

Demonstrationen und Proteste als Reaktion auf die Vorschläge, soziale Arbeit zu leisten statt Studiengebühren zu zahlen, zeigen immerhin, dass die in den Jahren von Schwarz-Blau/ Orange entstandene Protestkultur Spuren hinterlassen hat. Ob sich daraus, sowie aus den innerparteilichen Protesten in der SPÖ störende Elemente für die Umsetzung des Regierungsprogramms herauszudestillieren vermögen, bleibt abzuwarten.



Ich bin dabei...
 ...weil wir gemeinsam
**mehr erreichen
 können.**

Die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) vertritt die Interessen von Angestellten, Lehrlingen, atypischen Beschäftigten, SchülerInnen und StudentInnen.

Es gibt vieles, für das es sich lohnt,
organisiert zu sein.

GPA-Mitglieder haben's besser. Überzeugen Sie sich selbst:
www.gpa.at

GPA
 GEWERKSCHAFT DER
 PRIVATANGESTELLTEN

Wirtschaft und Gesellschaft

Editorial

Soll der Staat Erwerbseinkommen subventionieren?

Harald Zschiedrich

Internationale Produktionsverlagerungen im Spannungsfeld
von betriebs- und volks-wirtschaftlichen Anforderungen

Michael Mesch

Die Bildungsstruktur der Beschäftigung in Wien 1991–2001

Vladimir Pankov

Die Arbeitsbeziehungen im postsowjetischen Russland:
endogene Interdependenzen und äußere Vorbilder

Berichte und Dokumente

Astrid Haider

Mindestlöhne und die Verteilung von Arbeitseinkommen

Andrea Dorr, Irene Mandl

Endogenes Arbeitskräftepotenzial von Personen mit Migrations-
hintergrund für die Internationalisierung Wiener Unternehmen

Preise: € 9,-, Jahresabonnement € 29,-
(inkl. Auslandsversand € 41,90), ermäßigtes Studenten-
Jahresabonnement gegen Bekanntgabe einer gültigen
ÖH-Card-Nummer € 17,-, jeweils inkl. MwSt.

Zu bestellen bei: LexisNexis Verlag ARD Orac, A-1030 Wien,
Marxergasse 25, Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140,
e-mail: verlag@lexisnexus.at. Dort kann auch ein kostenloses
Probeheft angefordert werden.

4/06



LexisNexis™

ARD Orac



Wien

Entsicherungsgesellschaft. Aktuelle Debatten zu Prekarisierung

3.–5. Mai 2007, Universität Wien

Eine Tagung des Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) in Kooperation mit der Arbeiterkammer Wien, Graduiertenzentrum Sozialwissenschaften der Uni Wien, Forschungswerkstatt In{}Fem, Studienrichtungsvertretung Doktorat der WU Wien

Prekarisierung, Prekarität, Prekariat: Ein Begriffsbündel macht Karriere. Die steigende soziale Unsicherheit für eine wachsende Zahl von Menschen in Europa ist nicht mehr zu verdrängen und ist mittlerweile nicht mehr nur Fokus sozialer Bewegungen, sondern wird auch in der wissenschaftlichen Forschung verstärkt thematisiert. Auf der Tagung werden zentrale aktuelle Fragen aus der sozialwissenschaftlichen Debatte um Prekarisierung präsentiert und debattiert.

Detailinformationen in Kürze auf www.beigewum.at

Die Tagung

Neben der öffentlichen Debatte zu diesem Thema haben sich auch aktivistische Ansätze im Zusammenhang mit Prekarisierung verstärkt (vgl. Mayday), die erste Schritte zu einer Organisierung von prekarisierten Menschen in die Wege leiteten. Gleichzeitig wird auch in der wissenschaftlichen Forschung verstärkt mit dem Begriff Prekarisierung gearbeitet. In den letzten Jahren und Monaten sind in den verschiedenen Wissenschaftszweigen eine Vielzahl von einschlägigen Forschungsarbeiten, Diplomarbeiten- und Dissertationsprojekte in Angriff genommen worden.

Doch der derzeitige Stand dieser jungen Forschung ist durch Parzellierung (unterschiedliche Disziplinen beschäftigen sich mit ähnlichem ohne miteinander zu kommunizieren), Begriffsunschärfe (Was ist überhaupt Prekarisierung, worauf bezieht sie sich? Nur auf Arbeitsverhältnisse oder breiter?) und mangelnde Historisierung (An welche älteren Begriffsbildungen und Diskussionszusammenhänge lässt sich anschließen? Was gewinnt der Begriff Prekarisierung gegenüber etablierten Diskursen wie Flexibilisierung, Informalisierung, Zwei-Drittel-Gesellschaft, Exklusion etc.?) gekennzeichnet.

Die Tagung des BEIGEWUM soll sich diesen Problemen widmen. Sie soll ein Forum für WissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen (vorwiegend sozialwissenschaftlichen) Disziplinen bilden, die sich mit dem Thema beschäftigen und ihnen die Möglichkeit geben, sich zu zentralen offenen Fragen zum Thema Prekarisierung auszutauschen.

Termin: 3./4./5. Mai 2007 (Do. Abend, Fr. Nachmittag, Sa. ganztags)

Ort: Donnerstag: WU Wien, Freitag: Uni Wien Festsaal,
Samstag: Uni Wien Elise Richter Saal